

FRANKREICH

JÖRG WOLFF

DANIEL DUTZI

KATHARINA WOLF

7. März 2011

www.kas.dewww.kas.de/frankreich

Die französische G20-Präsidentschaft 2011

POSITIONEN UND REAKTIONEN

Mit dem Beginn des Jahres 2011 hat Frankreich neben dem Vorsitz der G8-Staaten auch den der G20 übernommen. In seiner Rede vom 24. Januar 2011¹ formulierte Staatspräsident Nicolas Sarkozy die drei zentralen Ziele seiner Präsidentschaft, welche die Bereiche Weltwährungssystem, Rohstoffe und eine weltweite Ordnungspolitik umfassen. Diese werden auf den kommenden Gipfeln, der G8 in Deauville Ende Mai und der G20 in Cannes Ende November 2011, behandelt. Seine Vorstellungen trafen in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit allerdings auf geteiltes Echo. Doch konnte am 18. und 19. Februar 2011 auf dem G20-Finanzgipfel in Paris ein Minimalkonsens über die Aufstellung von Indikatoren zur Messung der globalen Ungleichgewichte erreicht werden.

Ausgangslage der G20 nach Seoul

Als Frankreich am 12. November 2010 in Seoul die Präsidentschaft der G20 übernahm, skizzierte der französische Staatschef seine Vorstellungen vom französischen Vorsitz der G20. Das Ziel sei, einen effizienteren und besser regulierten Kapitalismus zu schaffen, gleichzeitig aber eine Rückkehr zum Protektionismus zu vermeiden.²

Für diesen Fahrplan hatte die G 20 in ihrem Abschlusskommunique, dem Seoul Action Plan, bereits fünf Empfehlungen festgeschrieben:

- Geld- und Währungspolitik: Primäres Ziel ist die Herstellung von monetärer Preisstabilität, die zu einem nachhaltigem Wachstum beitragen soll. Durch marktbasierende Wechselkurssysteme, sowie die Förderung der Wechselkursflexibilität soll die realwirtschaftliche Situation der entsprechenden Länder abgebildet und die Unterbewertung von Währungen verhindert werden. Das Risiko erheblicher Schwankungen von Kapitalflüssen, dem sich besonders die Schwellenländer gegenüber sehen, soll überwacht und entschärft werden.³
- Handels- und Entwicklungspolitik: Protektionismus in allen seinen Formen soll verhindert und weiter abgebaut werden. Zudem muss die Handelsliberalisierung durch den Abschluss der im Jahre 2001 begonnenen WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde fortgesetzt werden.⁴
- Fiskalpolitik: In diesem Bereich müssen glaubwürdige und ambitionierte Pläne zur Konsolidierung der Staatshaushalte umgesetzt werden, um nachhaltiges,

¹ Sarkozy, Nicolas: „Lancement de la présidence française du G20 et du G8“, in: <http://www.elysee.fr/president/root/bank/pdf/president-10504.pdf>, vom 24.01.2011.

² Sarkozy, Nicolas: „Sommet du G20 - Conférence de presse“, in: <http://www.elysee.fr/president/root/bank/pdf/president-10023.pdf>, S.3, vom 12.11.2010.

³ Vgl.: The Soul Action Plan, in: <http://www.g20.utoronto.ca/2010/g20seoul-doc.pdf>, S.1f., vom 22.02.2011.

⁴ Vgl.: The Soul Action Plan, in: <http://www.g20.utoronto.ca/2010/g20seoul-doc.pdf>, S.2, vom 22.02.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF

DANIEL DUTZI

KATHARINA WOLF

7. März 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

mittelfristiges Wirtschaftswachstum und Stabilität zu gewährleisten.⁵

- Finanzreformen: Durch umfassende nationale wie internationale Weichenstellungen sollen bestehende internationale Standards den neuen Anforderungen (Basel III) angepasst werden, um die Fragmentierung von Märkten, Protektionismus und Regulierungsarbitrage zu verhindern. Dies betrifft vor allem neue Eigenkapitalvorschriften für Banken und die Reduktion von Abhängigkeiten durch zu große nationale Kreditinstitute.⁶
- Strukturreformen: Die globale Nachfrage und die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen sollen durch Produkt- und Arbeitsmarktmarktreformen gefördert werden, die auf die Stärkung des Wettbewerbs, der Produktivität, sowie den Abbau von Hemmnissen zielen. Steuerreformen sollen den Anreiz zu Arbeit, Investition und Innovation leisten. Dauerhaftes Wachstum und Entwicklung sollen durch innovations- und nachhaltigkeitsorientierte Maßnahmen generiert werden. Hierbei ist auch eine Abkehr von zu starker Exportfokussierung und damit einhergehend die Förderung der Inlandsnachfrage ein zentraler Bestandteil. Darüber hinaus müssen die Netze der sozialen Sicherung, die öffentliche Gesundheitsversorgung, die Finanzmarktentwicklung, die Corporate Governance und die Investitionen in die Infrastruktur gefördert und gestärkt werden.⁷

Prioritäten der französischen G20-Präsidentschaft

Ausgangspunkt der französischen G20-Präsidentschaft ist die Überzeugung, dass die G20-Staaten mit den notwendigen Strukturreformen vorangehen müssen,

wenn sie nicht ihre Legitimität verlieren wollen.⁸

Dafür seien Ministerrunden, Kolloquien und Seminare nötig, die im Vorfeld der G8- und G20-Gipfel die Außen-, Finanz- und Innenminister der bedeutendsten Wirtschaftsmächte zusammenführen werden.

Sarkozy präzierte die Kernbereiche und Ziele, die im Zentrum seiner beiden Präsidentschaften stehen werden:⁹

Auf der Ebene der G20 will Frankreich folgende Themen vorantreiben:

- Koordination der Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder und Reduktion der makroökonomischen Ungleichgewichte.
- Verstärkung der Regulierungsmaßnahmen auf dem Finanzmarkt.
- Reform des Weltwährungssystems.
- Beschränkung der Volatilität der Rohstoffpreise.
- Verbesserung der *global governance* und damit Stärkung der Institutionalisierung der G20.
- Kampf gegen die Armut und Förderung der Entwicklungsländer.

Prioritäten der französischen G8-Präsidentschaft

Nach dem Gipfel in Pittsburgh im September 2009 haben die G20 die G8 als maßgebliches Gremium für globale Wirtschaftsfragen abgelöst, da so die neuen Machtverhältnisse in der Welt und die

⁸ Vgl.: Sarkozy, Nicolas: „Sommet du G20 - Conférence de presse“, in: <http://www.elysee.fr/president/root/bank/pdf/president-10023.pdf>, S.2, vom 12.11.2010.

⁹ Les priorités de la Présidence française du G20 et du G8, in: <http://www.elysee.fr/president/international/dossiers/g20/les-priorites-de-la-presidence-francaise-du-g20-et-10494.html>, vom 22.02.2011.

⁵ Vgl.: ebd.

⁶ Vgl.: ebd.

⁷ Vgl.: ebd. S.2f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF

DANIEL DUTZI

KATHARINA WOLF

7. März 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

dadurch gestiegene Bedeutung der Schwellenländer besser abgebildet werden.

Die G8 soll nach französischer Sicht nunmehr als Gremium zur informellen und diskreten Besprechung der Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen dienen. Frankreich schlägt in diesem Sinne vor, die „neue G8“ auf die für ihre Mitglieder beeinflussbaren Bereiche auszurichten, wobei eine Doppelung der auf der Agenda der G20 stehenden Themen verhindert werden soll.

Daher liegen die Prioritäten der französischen G8-Präsidentschaft bei folgenden vier Themen:

- Gestaltung des Internets und grünes, nachhaltiges Wachstum.
- Frieden und Sicherheit für die Krisengebiete Iran, Naher Osten, Afghanistan und Pakistan.
- Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Kooperation mit den Ländern Lateinamerikas, Westafrikas und Europas.
- Zusammenarbeit und Unterstützung der Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent.

Grundsatzrede vom 24. Januar 2011

In seiner Grundsatzrede vom 24. Januar 2011 präziserte der französische Staatschef drei zentrale Bereiche beider Präsidentschaften:

1) Zur Ausgestaltung eines Weltwährungssystems, das die Wechselkursschwankungen und Volatilitäten in der Finanzwelt bändigen könne, müssten verbindliche Regeln eingeführt werden. Diese Volatilitäten haben ihre Ursache u.a. in einer wirtschaftspolitischen Machtverschiebung, begründet vor allem durch das Wachstum in Asien. Im Jahre 2050 könnten die vier stärksten Wirtschaftsmächte China, die USA, Indien und an vierter Stelle Brasilien

sein. Das Fehlen verbindlicher Rahmenbedingungen sei auch für den Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise verantwortlich, erklärte Sarkozy.

2) Volatilität herrsche auch auf dem Markt für Rohstoffe vor. Neben der Preissteigerung auf dem Markt für Energie werde dies besonders bei den Agrarprodukten deutlich, wo sich in den letzten zwanzig Jahren die Handelspreise verdreifacht hätten. Auch gebe es in diesem Bereich bereits jetzt absehbare Versorgungsengpässe, da die Nahrungsmittelproduktion bis zum Jahre 2050 um 70 Prozent gesteigert werden müsse, um die Weltbevölkerung von dann 9 Milliarden Menschen ernähren zu können. Hier müssten insbesondere vier Schritte unternommen werden:

- Regulierung der Preisbildung für Grundnahrungsmittel.
- Erhöhung der Transparenz über Herkunft, Produktion und Konsum der Produkte.
- Schaffung von Nahrungsmittelsicherheit, um gegen die Hungersnot in vielen Ländern anzukämpfen.
- Koordination der Entwicklungshilfe, um den ärmsten Ländern durch finanzielle Programme gegen die Preisspekulationen auf dem Agrarmarkt zu helfen.

3) Des Weiteren bedingen die Herausforderungen des weltweiten Klimawandels und der Entwicklung die Implementierung verbindlicher und anerkannter Regeln einer *global economic governance*, also einer weltweiten Ordnungspolitik. Dazu müsse die G20 aber selbst über Institutionen wie eine permanente Vertretung verfügen, damit die Beschlüsse zwischen zwei Präsidentschaften umgesetzt und überwacht werden können. Diese Ziele könnten nur in Zusammenarbeit und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF

DANIEL DUTZI

KATHARINA WOLF

7. März 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

Partnerschaft mit allen Staaten realisiert werden, weshalb Sarkozy seine Präsidentschaft als eine „kollektive französische Präsidentschaft“ verstehe¹⁰.

Zur Durchführung dieser Ziele unterstrich Sarkozy die Notwendigkeit zur Kooperation und gegenseitigen Abstimmung ebenfalls in seiner **Rede auf dem WEF in Davos am 27. Januar 2011**.

Der französische Staatschef zog dort zunächst eine grundsätzlich positive Bilanz des vergangenen Jahres. So machte er auf das weltweite Wachstum von 5 Prozent und die sich somit wieder im Aufschwung befindende Wirtschaft aufmerksam. Er betonte aber, dass dennoch weiterhin Probleme, wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit, bestehen blieben, welche angesichts ihres noch nie dagewesenen Ausmaßes und ihrer Komplexität eine enge internationale Zusammenarbeit über jegliche ideologische Grenzen hinweg erfordern würden. Vor diesem Hintergrund sei die Bedeutung der G20 zu sehen, die zusammen 85 Prozent des weltweiten BIPs repräsentieren. Sie dürfe sich ihrer Verantwortung zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht entziehen.

Nationale und Internationale Reaktionen

Die Reaktionen der politischen und medialen Öffentlichkeit Frankreichs und der Welt zu diesen Zielen waren geteilt.

Reaktionen der französischen Opposition

Kritik gab es von der Opposition zu hören: So kritisierte die Generalsekretärin der Sozialistischen Partei (PS) *Martine Aubry*, in einem Gespräch mit der Zeitung *Le Monde*¹¹

¹⁰ Elysée: „41e Forum économique mondial, in: <http://www.elysee.fr/president/root/bank/pdf/president-10535.pdf>, 28.01.2011.

¹¹ Aubry, Martine: „Nicolas Sarkozy s'est contenté de fournir un ordre du jour“, in: *Le Monde*, http://abonnes.lemonde.fr/politique/article/2011/01/24/reactions-sarkozy-conference-parti-socialiste-g20_1470051_823448.html vom 24.01.2011.

die „mangelnde Ambition“ und Begeisterung des französischen Präsidenten für die Themen der G20.

Auch *Ségolène Royal*, Kandidatin der Primärwahlen der PS, sah in Sarkozys Forderungen nur Worthülsen, da die G20 kein Entscheidungsgremium sei und zwingende Beschlüsse daher in diesem Bereich kaum zu erwarten seien¹².

In das gleiche Horn blies auch die Kommunistische Partei (*Parti communiste*), die sogar noch stärker die fehlende Legitimität der G20 als Entscheidungsorgan hervorhob.

Reaktionen der internationalen Öffentlichkeit

Einigkeit herrschte zwischen der deutschen Bundeskanzlerin und dem französischen Staatschef hinsichtlich der Fragen nach der Zukunft des Euro sowie bezüglich der Notwendigkeit einer Reform des Weltfinanzsystems. Frau Merkel unterstrich in ihrer Rede auf dem WEF in Davos am 28. Januar 2011 das Erfordernis zur Aufrechterhaltung des Freihandels und zum erfolgreichen Abschluss der Doha-Verhandlungen der WTO. Die auch bereits zuvor sichtbaren Differenzen zwischen den beiden Staaten zur Regulierung von Spekulationen auf den Weltmärkten und den Umgang mit erhöhten Staatsschulden als Weg aus der Krise blieben jedoch nach französischen Medien bestehen¹³.

Kritik kam vor allem auch von der *Europäischen Kommission*, die keinen Zusammenhang zwischen Spekulationen und der Entwicklung der Agrarpreise sah. Nach Medienberichten stellten auch die *OECD* in Paris und der *Internationale Währungsfonds (IWF)* dieses Element der französischen G20-Präsidentschaft in seiner Bedeutung für die Preisbildung bei Agrarprodukten in Frage.

¹² Vgl.: ebd.

¹³ Vgl.: E.C. und F.L.: „Comment dit-on Sarkozy en allemand? Merkel!“, in: *La Tribune*, S.3, vom 31.01.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF

DANIEL DUTZI

KATHARINA WOLF

7. März 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

Grundsätzlich positiv bewertete das *globalisierungskritische Netzwerk Attac* die Vorschläge Sarkozys für eine internationale Finanztransaktionssteuer (FTS) sowie zur Beendigung der Spekulation. Attac France gab jedoch seinen Zweifeln Ausdruck, dass den Worten nun auch Taten folgen würden, da Frankreich weiterhin eine neoliberale Politik verfolge und der französische Präsident sich abermals gegen jegliche Kontrolle des Kapitalverkehrs ausgesprochen habe. Letztlich blieben die Vorhaben Sarkozys hinter den Erwartungen und notwendigen Maßnahmen zurück, weshalb für Attac die Vereinten Nationen den einzig legitimen Rahmen für eine Regulierung der Finanzen, der Wirtschaft und der Ökologie darstellen¹⁴.

In den französischen Medien wird darauf hingewiesen, dass der französische Staatschef die G8- und G20-Präsidentschaft für seine Positionierung im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2012 nutze. In den eher regierungsfreundlichen Blättern wird jedoch seine Entschlossenheit hervorgehoben, komplexe und schwierige Sachverhalte selbst auf globaler Ebene anzugehen.

Der G20-Finanzgipfel in Paris – aktuelle Entwicklungen

Erste Teilergebnisse konnten auf dem am 18. und 19. Januar in Paris stattfindenden G20-Finanzgipfel erzielt werden. Bereits im Vorfeld des Gipfels hatten die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer gemäß dem Seoul Action Plan einen Katalog zur Messung wirtschaftlicher Ungleichgewichte erarbeitet.

Anhand dieser Indikatoren sollen strukturelle Schwächen der Länder offengelegt und daran anschließend Lösungsansätze entwickelt werden. Auf diese Weise sollen globale Ungleichgewichte, aus denen neue systemische Krisen entstehen könnten,

¹⁴ Vgl.: Attac France, „Taxer les transactions financières : en parler ou le faire ?“ in: <http://www.france.attac.org/spip.php?article12158>, vom 24.01.2011.

rechtzeitig erkannt und verhindert werden.¹⁵ Dahinter steht die Überzeugung, dass hohe Kapitalflüsse zwischen Ländern mit erheblichen Leistungsbilanzüberschüssen (z.B. China) und solchen mit hohen Defiziten (z.B. USA) das Gleichgewicht des Finanzsystems ins Schwanken bringen können und somit ein Risiko darstellen.¹⁶ Notwendig wäre dazu aber u.a. eine fundamentale Änderung der chinesischen Wechselkurspolitik.

Letztlich konnten sich die G20-Länder auf dem Finanzgipfel in Paris auf die Festschreibung des öffentlichen Defizits und der öffentlichen Schulden sowie der privaten Sparquote als Indikatoren zum Messen der internen Ungleichgewichte eines Landes, sowie auf die Handelsbilanz als Indikator der externen Ungleichgewichte eines Landes einigen. Gegen die Festschreibung des Wechselkurses, der Währungsreserven sowie der Leistungsbilanz konnte China erfolgreich sein Veto einlegen.¹⁷

In einem zweiten Schritt sollen nach französischen Vorstellungen Grenzwerte für die jeweiligen Indikatoren festgeschrieben werden. Diesem Vorhaben, das bereits von amerikanischer Seite beim Gipfel in Seoul im November vorgeschlagen worden war¹⁸, steht Deutschland bislang (zu Recht) ablehnend gegenüber: „Wir sind gegen konkrete quantitative Zielvorgaben“¹⁹.

¹⁵ Vgl.: CY.L., P.S-P., P.-Y.D.: „Un G20 semé d'embûches pour la France“, in: *Le Figaro* vom 17.02.2011, S.22.

¹⁶ Vgl. Lanz, Martin: „Dauerbrenner Ungleichgewichte“, in: http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/dauerbrenner_ungleichgewichte_1.9582899.html, vom 18.02.2011.

¹⁷ Vgl.: Visot, Marie: „G20 : un accord sur la mesure des déséquilibres mondiaux“, in: <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2011/02/19/04016-20110219ARTFIG00400-g20-un-accord-sur-la-mesure-des-desequilibres-mondiaux.php>, vom 21.02.2011.

¹⁸ Vgl.: Lachèvre, Cyrille: „Un G20 semé d'embûches pour la France“, in: <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2011/02/16/04016-20110216ARTFIG00703-un-g20-semble-d-embuches-pour-la-france.php>, vom 18.02.2011.

¹⁹ O.N., so zitiert in: Deutschland will keine G20-Vorgaben zu Ungleichgewichten, in: <http://de.reuters.com/article/economicsNews/idDEBEE71F0DN20110216> vom 17.02.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF

DANIEL DUTZI

KATHARINA WOLF

7. März 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

Neben diesen Themen lenkten besonders die kontinuierlich steigenden Nahrungsmittelpreise, die für die derzeitigen Umstürze im Mittleren Osten und Nordafrika mitverantwortlich gemacht werden, den Kern der Debatte auf die Rohstoffspekulation. Zwar waren sich die Länder einig, dass auf dem Rohstoffmarkt mehr Transparenz geschaffen werden müsse,²⁰ jedoch scheiden sich die Geister bereits bei der Frage der Verantwortlichkeiten. Ob folglich Sarkozys Rezept zur Regulierung der Rohstoffmärkte, das hauptsächlich durch Eingriffe in die Marktabläufe gekennzeichnet ist²¹ und der traditionellen französischen, staatlich beeinflussten Wirtschaftspolitik entspricht, bei den G20-Staaten auf Anklang stößt, wird, wie auch das Thema der Klimaschutzfinanzierung, auf dem folgenden G20-Finanzministertreffen in Washington Mitte April zu klären sein.

²⁰ Vgl.: Robin, Jean-Pierre: „Accord au forceps lors du G20 de Paris“, in: Le Figaro, S.22, vom 21.02.2011.

²¹ Vgl.: Simons, Stefan und El-Sharif, Yasmin: „Sarkozy schmiedet Fünf-Punkte-Plan zur Weltrettung“, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,746155-3,00.html>, vom 18.02.2011.